

Obwohl die Geschichte immer wieder bewiesen hat, dass freie Märkte die besten Voraussetzungen für Wohlstand und Fortschritt sind, werden linke Kreise (und immer wieder auch angeblich bürgerliche) nicht müde bei jedem auftauchenden Probleme Staatseingriffe zu fordern. Dabei ist eigentlich jedem ideologisch unbelasteten Beobachter klar, dass jeder Staatseingriff früher oder später unbeabsichtigte, schädliche Folgen verursacht. Der Staat soll zwar klare Richtlinien setzen, in denen sich die Wirtschaft bewegen kann, er soll sich aber nicht in den Markt einmischen.

Der Chefredaktor der Wirtschaftsredaktion der NZZ, Gerhard Schwarz, ist einer der wenigen Journalisten der Schweizer Print-Medien, welcher sich immer wieder fundiert mit grundlegenden Artikeln zu wichtigen Wirtschaftsfragen äussert. In den linken Mainstream-Medien findet man meist nur noch linksideologisch gefärbte "Nachrichten" und fast keine Grundlagenartikel. Deshalb kann ich jedem Leser die Lektüre des folgenden, sehr interessanten Artikel nur empfehlen.

In der Marktwirtschaft ist Ungleichheit nicht unsozial

Allenthalben wird in Deutschland in diesen Wochen mit Symposien und Festakten der Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft gedacht. Gemeint ist damit der 20. Juni 1948, als die Währungsreform den Deutschen in den Besatzungszonen der Westalliierten nicht nur die Einführung der D-Mark brachte, sondern - was vergessen geht oder verdrängt wird - die Freigabe praktisch aller Preise. Ludwig Erhard, der als Vater des deutschen Wirtschaftswunders gilt, hatte diese Liberalisierung gegen den Willen seiner Berater und gegen General Lucius Clay, den Befehlshaber der amerikanischen Zone, durchgeboxt. Im Kontrast zu den Gedenkfeiern der letzten Tage zeigt eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung, dass die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland zunehmend weniger Kredit genießt. Nur 31% der Deutschen hätten eine gute Meinung von ihr, 38% aber eine schlechte. Erstmals übertreffen selbst in den westdeutschen Bundesländern die negativen die positiven Urteile.

UNNÖTIGE ZÄHMUNG

Vielleicht liegt in diesen Ergebnissen jedoch auch eine Hoffnung, denn welche Wirtschaftsordnung genau die Deutschen so wenig lieben, bleibt unklar. Jene Wirtschaftsordnung, die «Wohlstand für alle» - so der Titel von Erhards Klassiker aus dem Jahre 1957 - brachte, hat nämlich mit den real existierenden Wirtschaftsordnungen von heute, die gerne und letztlich fälschlicherweise als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet werden, herzlich wenig zu tun. Soziale Marktwirtschaft ist zur leeren Phrase verkommen. Deshalb sollte die Rückbesinnung auf den Erhardschen Befreiungsschlag Anlass sein, sich bewusztzumachen, dass Erhard und viele seiner neoliberalen Mitstreiter mit Sozialer Marktwirtschaft ein ziemlich radikales freiheitsliebendes Programm meinten. Die grosse Mehrheit der Politiker jeglicher Couleur, von Schwarz bis Rot, von Blau bis Grün, die heute alle die Soziale Marktwirtschaft im Munde führen, halten dagegen Umverteilung und Interventionismus, Sozialstaat und Staatswachstum für den adäquaten Ausdruck des Sozialen. Das war nicht das Verständnis von Ludwig Erhard.

Richtig ist zwar, dass die Liberalen der Nachkriegszeit in den Universitäten und in den Wirtschaftsministerien, sekundiert nicht zuletzt von der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» und von der «Neuen Zürcher Zeitung», seinerzeit angetreten sind, um der Marktwirtschaft durch die Betonung des Sozialen zu Akzeptanz und zum Durchbruch zu verhelfen. Aber Erhard wollte nicht einen grossen sozialen Apparat. Für ihn war die Marktwirtschaft an sich sozial. Sie bedurfte nicht der Zählung und der Zivilisierung, nach der die modernen Kapitalismuskritiker so laut rufen. Im Gegenteil: «Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch», meinte er.

FREIBRIEF FÜR EINEN AUSBAU

Sozial ist eine Wirtschaftsordnung, die auf dem Markt basiert, in vielerlei Hinsicht. Sie führt zu effizienter Produktion, zu Wachstum und Wohlstand. Sie schafft damit auch die materiellen Voraussetzungen für eine Sozialpolitik, die nicht mit krasser Umverteilungspolitik verwechselt werden sollte. Sozialpolitik im Erhardschen Sinne meint, jenen zu helfen, die unverschuldet nicht selbst für sich sorgen können und denen nicht aus freiwilliger Solidarität heraus geholfen wird. Sozial an der Marktwirtschaft ist ferner, dass sie zum haushälterischen Umgang mit knappen Ressourcen anhält, dass der Wettbewerb die Kunden zu Königen macht, aber auch, dass sie in geradezu idealer Weise Individualismus und das Leben in der Gemeinschaft miteinander verbindet. Diese zutiefst humane Dimension der Marktwirtschaft geht oft vergessen: Der Markt bringt die Menschen zusammen, zwingt sie aber nicht in ein einheitliches Schema.

Von diesen Ursprungsgedanken der Sozialen Marktwirtschaft hat man sich indessen rasch verabschiedet. 1957 pflanzte Bundeskanzler Konrad Adenauer der Sozialen Marktwirtschaft eine auf dem Umlageverfahren basierende dynamische Rentenversicherung auf - gegen den erbitterten Widerstand Erhards. Und zunehmend gewann eine Interpretation der Sozialen Marktwirtschaft die Oberhand, wonach es darum gehe, das «Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden» (Alfred Müller-Armack). Dieses Verständnis des Sozialen als Korrektur und Reparatur des Marktes war verheerend. Es war ein Freibrief für den praktisch uferlosen Ausbau des Wohlfahrtsstaates.

Doch dieser Ausbau mittels noch mehr Geld, immer neuer Sozialversicherungen und weiterer schützender Regulierungen hat die Akzeptanz der Marktwirtschaft nicht gestärkt. 73% der Deutschen sind gemäss der erwähnten Umfrage heute der Meinung, die herrschende Wirtschaftsordnung sei nicht gerecht. Gerechtigkeit ist in Deutschland und in der Schweiz zunehmend ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema geworden. Überall werden «Gerechtigkeitslücken» geortet. Hätte der Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates also Gerechtigkeit schaffen sollen, müsste man das Projekt als völlig gescheitert betrachten. Der 60-jährige Weg von der Sozialen Marktwirtschaft der Eigeninitiative, der Selbstverantwortlichkeit sowie der Eigentums- und Vermögensbildung durch Leistung zum Wohlfahrtsstaat der Zwangsumverteilung und der staatlichen Fürsorge hat jedenfalls der Marktwirtschaft weder Respekt noch moralische Anerkennung geschaffen.

DIE ETHIK DES REALISMUS

Statt aus einem schlechten Gewissen heraus - weshalb eigentlich? - immer wieder Hand zu bieten zu noch mehr staatlicher Regulierung und Finanzierung sozialer Aufgaben, sollten sich Liberale daher eher den Mut Ludwig Erhards zum Vorbild nehmen. Sie würden dann auf die weitverbreitete Behauptung, soziale Gerechtigkeit bedeute Gleichheit, antworten, dass der Versuch der Angleichung der Einkommen und Lebensverhältnisse ein Verstoss gegen die Gleichheit vor dem Gesetz darstellt. Sie hätten auch keine Mühe, offen dazu zu stehen, dass die Marktwirtschaft Ungleichheiten einerseits voraussetzt (sonst käme kein Tausch zustande) und andererseits hervorbringt, weil sie die natürliche Folge von Wandel, Innovation und Dynamik sind. Sie würden ferner darauf verweisen, dass die Marktwirtschaft zwar Aufstiegschancen für alle bietet, aber niemals zu einer Gleichheit der Einkommen und Vermögen führen kann und darf.

Das alles hat mit «sozialer Kälte», Gleichgültigkeit gegenüber der sozialen Frage, Ellenbogengesellschaft und was der Marktwirtschaft sonst noch alles angedichtet wird, nichts zu tun. Die Väter der Marktwirtschaft von Adam Smith bis zu Ludwig Erhard waren alle auch Wirtschaftsethiker. Ihr Plädoyer für die Marktwirtschaft basierte daher sogar mehr als auf deren ökonomischer Leistungsfähigkeit auf deren ethischer und sozialer Dimension. Aber weil sie der Illusion einer kostenlosen Geschenkwirtschaft den Realismus einer Welt der Knappheit entgegenhielten, wurden sie in die moralische Defensive gedrängt; die Kritiker der

Marktwirtschaft dagegen fühlen sich seit je moralisch überlegen. Sechzig Jahre Soziale Marktwirtschaft sollten daran erinnern, dass dieser Dünkel keinerlei faktische und argumentative Basis hat.

G. S.